

breiteren Palette von präventiven und *post-conflict*-Maßnahmen verwendet werden, was viele der Argumente gegen eine militärische Intervention im konkreten Fall Bosnien widerlegt. Ein solches System stellt internationale Werte in den Vordergrund (Demokratie, Menschenrechtsbeachtung, freie Wirtschaft), die vor den nationalen Interessen partikulärer wenn auch souveräner Staaten Vorrang haben. Für *Boutros-Ghali* heißt das, das Ende eines "absoluten und exklusiven Typs von Souveränität". Souveräne Staaten müssen nichtsdestoweniger auf internationale menschenrechtliche und demokratische Normen achten und eine wachsende internationale, gegenseitige Abhängigkeit respektieren.

Der Krieg in Bosnien hat die Welt in einer Übergangszeit zwischen Kaltem Krieg und einem erst zu schaffenden neuen Sicherheitssystem überrascht. So gesehen, scheint die Debatte über eine Intervention in Bosnien mit den militärischen Mitteln von gestern oder doch keine Intervention als schlecht formuliert. Die Folgen von keiner oder einer halbherzigen Intervention haben wir über zwei Jahre gesehen. So weiter zu machen wird das Kompromittieren der fragilen, internationalen Ordnung mit sich bringen, um nicht von der Vernichtung eines Volkes, dessen Zuhause, Wirtschaft, Kultur und Geschichte sowie der Ermutigung jetziger und neuer Aggressoren zu sprechen.

Friedensbewegte aus dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens haben uns eindeutig gesagt: ohne militärische Mittel ist der Krieg, d.h. dessen expansionistischer Ursprung seitens der serbischen Extremnationalisten, nicht zu stoppen. Das Engagement von Friedensbewegungen für Gewaltlosigkeit darf nicht heißen, Militärfragen total zu ignorieren. Sonst riskieren wir, daß Pläne für die Nachkriegszeit gegenstandslos geworden sind, weil es kein Bosnien mehr geben wird.

Welcher Friede für Bosnien-Herzegowina?

Von Hans Holzinger

Die "Friedenskonferenz" in Salzburg machte deutlich, daß die Frage der Kriegsbeendigung in Bosnien-Herzegowina unterschiedlich gesehen wird. Viel Zeit ist notwendig, um miteinander zu reflektieren und einander verständlich zu machen. So haben wir teilweise aneinander vorbeigeredet. Die Forderung nach Aufhebung des Waffenembargos sowie nach militärischem Eingreifen von außen "beantwortet" wir mit einem Aktionsplan für gewaltfreie Interventionen. Die Reduzierung auf die Forderung nach militärischer Hilfe auf der einen Seite delegierte die Verantwortung lediglich an die Internationale Staatengemeinschaft, Überlegungen und Spielräume für einen Frieden aus eigener Kraft kamen dabei zu kurz. Im "Rückzug" auf unsere gewaltfreien Projekte - vom humanitären Engagement bis zur Deserteursberatung - laufen wir als Friedensbewegung andererseits Gefahr, uns der Frage nach einem Kriegsstopp sowie nach politischen Lösungen nicht - oder zuwenig - zustellen. Die folgenden Ausführungen, die Bezug nehmen auf zwei aktuelle politikwissenschaftliche Artikel, suchen nach realistischen Perspektiven für einen bosnischen Frieden.

Die rasche internationale Zustimmung zur Auflösung der jugoslawischen Föderation durch die EG, insbesondere auf Druck Deutschlands, stellt sich nachträglich mehr und mehr als grober Fehler heraus. Die Entschleunigung des Zerfallsprozesses oder zumindest das Signal der Nicht-Einmischung hätten die Tragödie womöglich verhindern können. Durch die Gründung der neuen Nationalstaaten wurden neue Minderheitenprobleme geschaffen, für deren Lösung die internationale Staatengemeinschaft kein Rezept hat. Nicht ganz zu Unrecht kritisiert der Schweizer Völkerrechtler Thomas Fleiner: "Man hat den Kroaten einen Staat gegeben und geglaubt, die serbische Minderheit, die in diesem Territorium lebt, werde sich mit einem Minderheitenstatus abfinden, nachdem sie vorher mit den anderen fünf Nationen als gleichberechtigte Nation anerkannt war."

Die Zukunft Bosnien-Herzegowinas war schon vor dessen Austritt aus der jugoslawischen Föderation im April 1992 heftig umstritten: "Während die Muslime Bosnien-Herzegowina in den bestehenden Grenzen als multi-

ethnischen Zentralstaaterhalten wollten, befürworteten Serben und Kroaten eine Föderation oder Konföderation dreier weitgehend selbständiger, nationaler Teilstaaten", so die Politikwissenschaftlerin *Janine Marie Calic*. Dahinter stand der von Belgrad und Zagreb maßgeblich unterstützte Versuch, die serbischen und kroatischen Siedlungsgebiete in absehbarer Zeit mit den "Mutterländern" zu vereinigen.

Es geht um drei Kriegsparteien

Der nüchterne Bericht von *Marie-Janine Calic* über Friedenss Aussichten für Bosnien-Herzegowina spricht aus, was im öffentlichen Diskurs weitgehend verdrängt wird: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina wird geführt von drei Kriegsparteien. Die Konfliktforscherin leugnet damit nicht die Strategie der ethnischen Vertreibung durch die Serben sowie deren Eroberungen (70% des bosnischen Territo-

-Marie-Janine Calic: Düstere Aussichten für Bosnien-Herzegowina. In *Europa-Archiv* 3/1994, S. 71-79

-Thomas Fleiner: Man darf Völker nicht an den Pranger stellen. Der Jugoslawienkonflikt und die Medien. In: *Weltwoche* 14.4.1994.